



**DIE GRÜNE  
BILDUNGS-  
WERKSTATT**

# **Globale Solidarität statt Festung Europa**

**Die aktuellen Krisen erfordern neue Strategien  
auf dem Weg zu einer nachhaltigen und fairen Welt**

# Globale Solidarität

## Statt Festung Europa

### Inhaltsverzeichnis

■ Vorwort	3	■ Ein Rütlichswur fürs Klima	22
■ <i>Andreas Novy</i> Klub der Reichen oder globale Solidarität?	4	■ “Don’t be evil” - geht das?	23
■ Die neue Krise - alle wollen leben wie wir	8	■ Ein anderer Welthandel	24
■ Immer mehr Konsum für ein Gutes Leben?	12	■ Mensch, nicht Asylant	25
■ Menschenrechte als Empowerment	16	■ Weibliche Armut - Wieso sie die gesamte Gesellschaft betrifft	26
■ Engagement für eine bessere Welt	18	■ Grenzzäune gegen den Klimawandel	28
■ Wasser fair-teilen	19	■ <i>Karin Kneissl</i> Zwischen Eurasien und dem Pazifischen Asien – Märkte und Machtpolitik	32
■ Männer für Mutter- Kind-Gesundheit	20	■ Eine globale Architektur für Entwicklung und Nachhaltigkeit	36
■ Die große Welt im Kleinen erfahren	21	■ <i>Tanja Windbüchler</i> Globale Entwicklung als Hausaufgabe für Österreich	40



Eine Broschüre aus der Reihe  
planet  
matters  
**KONTROVERS**

# VORWORT

**Als wir diese Broschüre planten, wussten wir noch nicht, dass Flucht und Krieg im Hitzesommer 2015 zum innenpolitischen Hauptthema würden. Jenseits von Polemik und Anlassjournalismus widmet sich die Broschüre den globalen Ursachen von Migration und Flucht sowie den Auswirkungen von Klimawandel, Armut und Profitgier, die nur auf den ersten Blick nichts mit uns zu tun haben.**

Europa ist Teil dieses Planeten, seiner Schönheit und seiner Probleme. Zu letzteren trägt eine verfehlt EU-Handelspolitik, die vor allem die Interessen von Konzernen vertritt, ebenso bei wie eine Energie- und Landwirtschaftspolitik, die nicht die eigenen Potentiale nutzt, sondern übermäßig auf Ressourcen des Globalen Südens zugreift.

Für eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende bei uns braucht es deshalb einen Paradigmenwechsel in unserer Außen- und Entwicklungspolitik.

Statt einseitiger Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik müssen wir eine

innovative, solidarische und nachhaltige Welt-Innenpolitik entwickeln. Daher präsentieren wir in dieser Broschüre zum einen konkrete Verbesserungsvorschläge für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und eine neue Weltarchitektur. Zum anderen zeigen wir vielfältige Handlungsmöglichkeiten für Gemeindegruppen und Einzelpersonen, denn das Engagement für eine bessere Welt kann auch vor Ort, im Kleinen beginnen.

Wir hoffen, dass die Broschüre das Verständnis vertieft, wie eine andere Welt möglich wird, ein Planet, auf dem für alle Platz ist. Und wir hoffen, dass die vielen konkreten, kleinen Initiativen und

Projekte, die vorgestellt werden, Mut machen, selbst initiativ zu werden und einen kleinen Beitrag zu leisten.

***Tanja Windbüchler**, Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik der Grünen im Parlament*

***Andreas Novy**, Obmann der Grünen Bildungswerkstatt*





## **KLUB DER REICHEN ODER GLOBALE SOLIDARITÄT**

**Europas Mittelschicht wird sich entscheiden müssen, ob sie weiter den Klub der Reichen verteidigen oder einen Planeten schaffen will, in dem internationale Solidarität das Leitprinzip ist.** ■ *Von Andreas Novy*

**D**ie nicht enden wollende Flüchtlingstragödie im Mittelmeer macht klar: Europas Bevölkerung steht am Scheideweg. Möchte sie an einem System weiter festhalten, das auf Ausgrenzung, Expansion und Übernutzung der Ressourcen angelegt ist, oder den Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise wagen.

Damit wir, Mitglieder der europäischen Mittelschicht, verstehen, wie wichtig diese Entscheidung ist, braucht es Klarheit über Europas Rolle und Verantwortung in der Welt. Wir EuropäerInnen können stolz sein auf so manche der in den letzten Jahrhunderten geschaffenen Institutionen, von Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrtsstaat bis hin zu Aufklärung und Demokratie. Doch mit dem fossilen Kapitalismus haben Europa und die USA auch ein expansives Produktionsmodell in die Welt gebracht, das Mensch und Natur rücksichtslos ausbeutet und die vorhandenen Ressourcen vorrangig von einer privilegierten

Minderheit verwenden und verschwenden lässt. Davon profitierte lange Zeit auch die europäische Mittelschicht.

### **DAS MODELL FESTUNG IST GESCHEITERT**

Zwei gegensätzliche Wege kann Europa in den kommenden Jahren einschlagen: ein exkludierendes Modell für vergleichbar wenige Menschen, das Privilegien mit Wirtschaftskraft und Militär verteidigt, oder ein solidarisches Modell mit einer neuen Weltarchitektur, das menschliche Kreativität und Potentiale nutzt, um diesen Planeten für alle wohnlich zu gestalten.

Die rückwärtsgewandte Strategie, den bestehenden Wohlstand mit allen Mitteln auf Kosten anderer zu verteidigen, scheint passend für die vermeintlich Starken, Wettbewerbsfähigen, Rücksichtslosen. Hier hat Europa reiche Erfahrung, mächtige Unterstützung und viele Vorläufer: Sklavenhandel, Kolonialismus,

Zwangsmissionierung und Rassismus haben tiefsitzende Strukturen geschaffen, die bis heute nachwirken – vom Run auf Afrika im 19. Jahrhundert bis zu den Krisen im heutigen Irak und Libyen. Die NATO, in der sich die Reichen militärisch organisiert haben, und TTIP, das die Konzerne des Nordens bevorzugt, sind Schlüsselemente einer derartigen Konkurrenzstrategie.

Doch schon in der Vergangenheit haben Freihandelszonen in vielen Weltregionen die Landwirtschaft und Fischerei zerstört und Zwangsmigration zur Folge gehabt. Aber auch die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung wird vermutlich nicht den wirtschaftlichen Aufstieg der Schwellenländer und ihrer neuen Mittelschichten verhindern. Mit tatkräftiger Beihilfe westlicher Konzerne, die konsequent Jobs und Investitionen in andere Erdteile auslagern, werden im herrschenden System viele Menschen und Regionen Europas ebenfalls zu Verlierern am Weltmarkt.



Lobbies, Finanzinstitutionen und Großunternehmen. Der Klub der Reichen will exklusiv bleiben. Nicht alle EuropäerInnen, nicht einmal alle in der EU, sind Teil des Klubs. Das neoliberale Modell schafft – wie dies die umfangreichen Recherchen von Thomas Piketty und anderen zeigen – erneut eine ständische Gesellschaft mit einer ganz kleinen Oberschicht – dem einen Prozent. Der Rest muss auch in Europa ständig zittern, ausgegrenzt zu werden. Die vertragsverletzende Grexit-Drohung des deutschen Finanzministers sendet die gleiche Botschaft wie der spanische Premier, der Bürgerrechte massiv einschränkt: Wer nicht spurt, wird ausgegrenzt. Heute in Griechenland und Spanien – warum nicht morgen auch in Wien und Berlin?

Die Strategie, Europa zu einer Festung zu machen, in der sich die Reichen vor den Wirren der Welt schützen, ist also nicht nur brutal und menschenverachtend – ein Großteil der EuropäerInnen wird dabei verlieren. Denn wider alle

Hoffnungen hat die wirtschaftliche Globalisierung nach dem Ende der Sowjetunion vor allem die Macht undemokratischer Akteure gestärkt – autoritäre Regierungen, intransparente Welthandelsorganisationen und Troikas,

### **EIN GUTER ORT ZUM LEBEN – FÜR ALLE!**

Die vorwärtsgewandte Strategie wäre eine mutige Politik, diesen Planeten für

alle Menschen zu einem guten Ort zum Leben zu machen. Im reichen Europa bedeutet dies zweierlei: Zum einen die Kritik an einer Politik, die Konkurrenz zum obersten Wert in der EU gemacht hat. Der Preis ist hoch, wie die unwürdige Diskussion um Flüchtlingsquoten oder das asoziale Diktat für den Verbleib im Euro eines Landes, in dem ein Drittel über keine Krankenversicherung verfügt, zeigen. Diese Form der Politik ist Gift für ein solidarisches Europa, das Gemeinsames vor Trennendes stellt. Zum anderen gilt es, Lebensqualität auf diesem reichen Kontinent neu zu definieren, nämlich weniger gehetzt, weniger materialistisch und mit mehr Zufriedenheit. Vieles, wofür aktuell keine Zeit ist, das sich niemand leisten kann oder das nicht erlaubt ist, wäre nicht nur sinnvoll, sondern macht auch Spaß und reduziert den ökologischen Fußabdruck: lebendige Stadtteilzentren und Spielen auf der Straße, Bioessen in der Schule und kleine Gärten in der Stadt, und nicht zuletzt mehr Freizeit

durch Arbeitszeitverkürzung. All dies wäre ein Kulturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise jenseits des ölabhängigen Kapitalismus. Es geht also um ein anderes Entwicklungsmodell bei uns selber: um die verstärkte Ausnutzung des regionalen Reichtums, der Kreativität der Menschen (durch teamorientierte, ganzheitliche Bildungsansätze) und der vielfältigen menschlichen und natürlichen Potentiale in Europa selber (von der Energiewende bis zu Bioregionen).

Eine sozialökologische Transformation unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft und unseres eigenen Lebens bedeutet daher nicht Verzicht und Einschränkung, sondern vor allem weniger Konflikte um Ressourcen, weniger Konflikte auf Grund des Klimawandels und ein Mehr an Lebensqualität.



Wie falsch die Vorstellung ist, dass der reiche Norden laufend Geld in die Länder des Südens pumpt und diese dennoch selbstverschuldet abhängig bleiben, zeigt eine Studie der NGO Eurodad. Für jeden Euro, der über EZA-Projekte, als private Spende oder als Investition in den Süden geht, kommen zwei Euro zurück in den Norden. Konzernprofite, der Schuldendienst und Schwarzgeldflüsse sorgen für einen Abfluss in den Norden von 10% der Wirtschaftsleistung aller Entwicklungsländer.

[www.eurodad.org/files/pdf/54f98666925bf.pdf](http://www.eurodad.org/files/pdf/54f98666925bf.pdf)



**DIE NEUE KRISE –**

**ALLE WOLLEN LEBEN WIE WIR**

**Die weltweit wachsende globale Mittelschicht zeigt: der europäische Lebensstil einer Massenkonsumgesellschaft kann kein globaler werden. Es braucht Produktions- und Lebensweisen, die allen Menschen ein würdevolles Leben mit stark reduziertem Ressourcenverbrauch ermöglichen.**

Im Globalen Süden findet gerade eine einzigartige Welle nachholender Entwicklung statt – der US-American Way of Life, der auch zum europäischen geworden ist, verbreitet sich rasant: So erhöhte der Globale Süden seinen Anteil am Welthandel zwischen 1980 und 2010 von 25% auf 47%; den Anteil am Weltoutput von 33% auf 45% (UNDP 2013: 3). Der Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung fiel von 43.1% (1990) auf 22.4% (2008); allein in China gibt es mehr als 500 Millionen Arme weniger. (UNDP 2013: 12). Betrug das Pro-Kopf-Einkommen von Afrika und Asien 1950 bloß 37 Prozent des Welt-durchschnitts, so stieg es 2012 auf 60 Prozent (Piketty 2014: 61). Für 2025 wird erwartet, dass drei Fünftel der Milliarde Menschen, die pro Kopf mehr als US\$ 20.000 pro Jahr konsumiert, aus dem Globalen Süden kommen (UNDP 2013: 4) – die Herausbildung einer globalen Mittelschicht ist im vollen Gange, wobei das geographische Zentrum in die Asien-Pazifik-Region wandert, wo 2030 schon

40% dieser Mittelschicht beheimatet sein werden (UNDP 2013: 14). Die fünf höchsten Gebäude der Welt stehen ebenso in Asien wie die sieben größten Städte. Unter den zwölf Megastädten mit über 20 Millionen EinwohnerInnen liegt nur New York im Globalen Norden. Und selbst bei den Superreichen mischen stets ein Mexikaner und ein Spanier mit – Angehörige von Staaten, die in tiefen sozialen Krisen stecken.

### PROBLEMATISCHE ERFOLGE DER ARMUTSBEKÄMPFUNG

Aber auch am anderen Ende der Pyramide gibt es Fortschritte. Heute sind geschätzte 805 Millionen Menschen chronisch unterernährt, vor 20 Jahren waren es um 209 Millionen mehr. Dieser Erfolg verdankt sich nicht vorrangig der Entwicklungszusammenarbeit, sondern der Herausbildung sozialstaatlicher Strukturen und einer gestärkten Wirtschaftsstruktur: So sank der Anteil der Unterernährten in den letzten zehn

Jahren in keinem Land so rasch wie in Brasilien; und allein in China gibt es 60 Millionen weniger Unterernährte – beides Länder, die nicht länger Entwicklungshilfe beziehen, sondern zu neuen Gebern geworden sind.

Doch diese erfreuliche Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten, wie sich insbesondere in den Megastädten zeigt, in denen das Auto vielfach zu einem vermeintlich unersetzbaren Statussymbol geworden ist. Selbst China, das lange für seine Radkultur berühmt war, setzt heute auf das Auto, bestenfalls in Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln. So findet auch im Globalen Süden eine Form der Urbanisierung statt, die die Probleme der modernen, autozentrierten Stadt des Westens vervielfacht. Die ökologischen Folgen sind besonders negativ, wenn die soziale Entwicklung erfolgreich ist und die Kaufkraft steigt. Dann kommt es nämlich zu verstärktem Massenkonsum – Mopeds und Autos werden für immer mehr Menschen

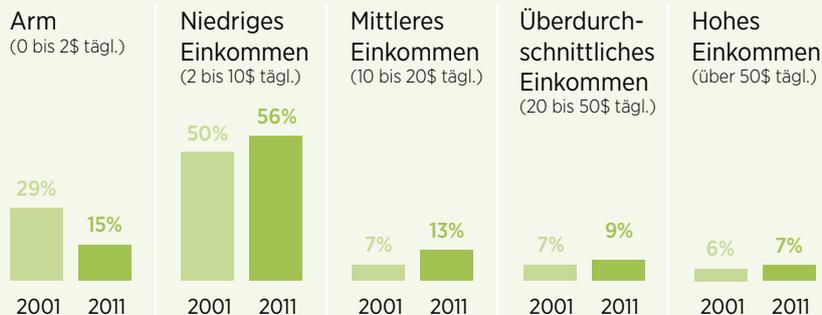
erschwinglich. Niemand kann das chinesische Paar, das gerade ihr erstes Ersparnis in ein Auto investiert, am Kauf hindern. Schon gar nicht wir EuropäerInnen mit unserem überhöhten ökologischen Fußabdruck. Die Folgen sind aber global und destruktiv: nämlich die Zuspitzung der ökologischen Problematik und des aggressiven Strebens nach Ressourcen, gewaltsame

Konflikte, Krieg und Terrorismus. Die Rechnung wird von allen gezahlt, aber vor allem in den Ländern mit Vorkommen fossiler Brennstoffe – dem Kraftstoff dieses Massenkonsummodells. Und da es vor allem Menschen aus diesen ruinierten Staaten sind – zur Zeit vor allem aus Syrien und Nordafrika –, die ihr Glück als Flüchtlinge in Europa suchen, schließt sich der Teufelskreis.

## EIN NACHHALTIGES ZIVILISATIONSMODELL

Der westliche Lebensstil basiert auf einem unverantwortlich hohen ökologischen Fußabdruck (siehe Seite 13). Er ist nicht verallgemeinerbar, sondern nur möglich, weil Menschen anderer Weltteile viel, viel weniger konsumieren und weil die Folgen dieses Lebensstils – die klimatischen Veränderungen – erst für zukünftige Generationen im vollen Umfang spürbar werden. Doch die aufstrebenden Schwellenländer wollen ebenfalls diesen verschwenderischen Lebensstil. Daher ist es notwendig, ein neues Zivilisationsmodell zu entwickeln, das sorgsam mit natürlichen Ressourcen umgeht, statt Raubbau auf Kosten anderer zu betreiben. Wie diese neue Form von Leben und Arbeiten aussieht, welche Form von Stadt und Mobilität dazu geeignet ist, wird in verschiedenen Teilen der Welt unterschiedlich sein. Eines steht aber fest: Es wird überall zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen müssen,

### Globale Einkommensentwicklung 2001 bis 2011



Der Aufstieg der Mittelschicht bedeutet z.B. in den bevölkerungsreichen BRICS-Staaten noch nicht, dass diese Menschen „leben wie wir“. Seit 2001 ist vielen Menschen der Aufstieg aus bitterer Armut zu einem niedrigen Lebensstandard gelungen. Wie weit zum Beispiel China und Indien noch von unserem Lebensstil entfernt sind, zeigt sich etwa daran, dass diese Länder 2011 18 (Indien) bzw. 113 (China) Autos pro 1000 Einwohner hatten. In Österreich waren es 585.  
Quelle: Pew Research Center Analyse der World Bank PovcalNet Datenbank

die sich grundlegend vom westlichen Konsummodell, insbesondere seiner Autofixierung, unterscheidet.

Es ist hierbei eine Chance, dass die Städte des Globalen Südens noch mehr als ihre Vorbilder im Westen schon heute unter Umweltverschmutzung, Wasserknappheit und sozialer Polarisierung leiden. In Brasilien hat dies 2013 zu einer beispiellosen Protestwelle geführt. Als Folge gibt es in Brasiliens Städten erstmals ernsthafte Bemühungen, das Radfahren und den öffentlichen Verkehr zu fördern. Trotzdem bleibt São Paulo eine unwirtliche Stadt; trotzdem geben Autokonzerne weiter den Ton an, wenn über Mobilitätskonzepte nachgedacht wird.

Für die reichen Staaten, die lange Nutznießer der internationalen Arbeitsteilung und des fossilen Energiemodells waren, ist es daher die vordringlichste Aufgabe, zum Umbau dieses nicht-nachhaltigen Entwicklungsmodells beizutragen:

Dazu zählt weiter Entwicklungsfinanzierung im klassischen Sinne und der solidarische Umgang mit Flüchtlingen und anderen VerliererInnen der konflikt- und konkurrenzorientierten Weltordnung. Die gescheiterte Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba ist hierbei ebensowenig Vorbild wie der unrühmliche Streit um die Zuteilung von Flüchtlingen in Europa. Doch darüber hinaus müssen wir unseren Lebensstil und unsere Produktionsweisen ändern, so dass unser Ressourcenverbrauch mit den planetarischen Grenzen vereinbar ist. Globale Verantwortung ist im Globalen Norden in erster Linie eine Hausaufgabe, eine Aufgabe lokaler und nationaler Politik. Und zwar gar keine einfache, wenn wir an die heißen Diskussionen rund um selbst kleinste Veränderungen im städtischen Mobilitätsverhalten oder im solidarischen Umgang mit Flüchtlingen denken.

Gefragt ist also eine neue Bescheidenheit des einstmaligen Nabels der Welt. Statt der fortgesetzten Übernutzung fossiler und anderer Ressourcen aus anderen Erdteilen, statt der Hoffnung auf fremde Märkte, um die eigenen Produkte abzusetzen, geht es um eine Rückbesinnung auf die eigenen Potentiale und Stärken des europäischen Zivilisationsmodells mit seinem universellen Zugang zu Bildung und Gesundheit und der damit hohen Lebensqualität. Dieses Zivilisationsmodell umfassender Chancen für alle muss zeitgemäß verändert werden – und das bedeutet die Abkehr vom Konsumismus. Diese Form solidarischer und nachhaltiger Entwicklung misst sich nicht am Wirtschaftswachstum. Dazu bräuchte es andere Indikatoren wie zum Beispiel Zeitwohlstand, eine Stadt der kurzen Wege oder ein Kontinent ohne Armut.



## **IMMER MEHR KONSUM FÜR EIN GUTES LEBEN?**

„Weil ich es mir wert bin“, oder „Hier bin ich Mensch, hier kauf ich ein“. Jede und jeder kennt diese Werbeslogans, die das Wohlbefinden, den Status, ja das Menschsein mit dem Konsum gleichsetzen. Wie sehr diese Formeln tatsächlich dem Lebensgefühl vieler – vielleicht sogar unserem eigenen – entsprechen, zeigt sich darin, wie schwer uns Verzicht fällt. Konsum ist selbstverständlich und die Aufforderung weniger zu konsumieren, wird als Bedrohung wahrgenommen.

**M**itverantwortlich dafür sind auch Begriffe wie Rezession und Depression, die sich auf einen Indikator beziehen, der mehr als alle anderen im medialen Mainstream für das Wohl der Bevölkerung eines Landes steht und in dem weniger immer schlecht ist:

### **DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT**

Anhand des BIP werden alle in einem Land erbrachten wirtschaftlich berechenbaren Leistungen erfasst. Das umfasst den Hausbau genau so wie die Reparatur nach einem Autounfall. Private Pflege, Kindererziehung, Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe werden aber ebenso wenig berücksichtigt wie allgemeines Wohlbefinden, Bildung und Bildungschancen etc.

Eine Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit, etwa durch weniger Rauchen, durch eine Reduktion von Überstunden, durch den Umstieg auf ein Fahrrad etc. kann also durchaus

auch negative Auswirkungen auf das BIP haben.

Weil diese Problematik offensichtlich ist, gibt es eine Reihe alternativer Messsysteme, die versuchen, das BIP um weitere Faktoren zu ergänzen oder aber überhaupt andere Werte zu messen, um so zu einer vergleichbaren Bewertung einer Volkswirtschaft zu kommen.

### **HUMAN DEVELOPMENT INDEX (HDI)**

Aus dem Bereich der Entwicklungspolitik kommt versuchsweise der Human Development Index (HDI) die Defizite des BIP auszugleichen, indem er dem BIP verschiedene Wohlstandsdaten hinzufügt. Dazu zählen das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebenserwartung und der Zugang zu Bildung. Die Ungleichheit innerhalb eines Landes oder die Einhaltung der Menschenrechte bleiben allerdings unberücksichtigt, ebenso die Frage, inwieweit das grundsätzlich positive Wachstum und die Entwicklung

einer Gesellschaft womöglich irgendwann an Grenzen stoßen oder für die Menschheit negative Auswirkungen haben können.

### **DER ÖKOLOGISCHE FUSSABDRUCK**

Der ökologische Fußabdruck dient dazu, Ressourcenverbrauch und seine Grenzen sichtbar und vergleichbar zu machen. Er hat sich als offizieller Indikator der Vereinten Nationen durchgesetzt und berechnet die notwendige Fläche, um einen gewissen Energie- und Ressourcenverbrauch dauerhaft und nachhaltig zur Verfügung zu stellen.

Dabei wird deutlich, dass unser Lebensstandard in der westlichen Welt nicht einen für alle anzustrebenden Standard darstellt, sondern im Gegenteil tatsächlich auf Kosten der benachteiligten Regionen geschieht.

Würden alle Menschen so konsumieren wie wir in Österreich, benötigen wir nicht einen, sondern zumindest drei Erdbälle. <sup>1</sup>

## **BUEN VIVIR**

Es gibt aber auch generellere Überlegungen, abseits von einem einzigen konkret vergleichbaren Wert, wie Entwicklung und Wohlstand einer Gesellschaft verstanden werden können. Das im andinen Raum entwickelte, auf indigener Kosmologie und Praktiken basierende Konzept des Buen Vivir beschäftigt sich mit einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise und wurde Leitmotiv vieler sozialökologischer Bewegungen. Es fand schließlich sogar Eingang in die Verfassungen Ecuadors und Boliviens.

Im Kern des Buen Vivir steht eine holistische Vision der Welt. Die Erde wird als natürliches, wesenhaftes Ganzes, genannt „Pachamama“ (dt. Mutter Erde), wahrgenommen. Dementsprechend wurde die Natur in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens sogar als Subjekt mit Rechten definiert und der Mensch wird als untrennbarer Teil dieser Natur be-

trachtet. Das allumfassende Ganze wird außerdem pluralistisch gedacht – insofern geht Buen Vivir nicht von einem, sondern von vielen gleichberechtigten guten Leben aus. Es strebt nach Harmonie in Diversität, doch erkennt, dass dies auch konflikthafte Beziehungen einschließt. Im Umgang damit kommen die Prinzipien der „Komplementarität“ und „Solidarität“ zu tragen.

Das westliche Entwicklungsdenken und dessen inhärente Hierarchie wird von AktivistInnen des Buen Vivir hingegen so beschrieben: „Mensch über Natur, Mann über Frau und weißer Mensch über allem“. Buen Vivir entstand als Kritik dieses Denkens und damit verbundener Krisen.

## **DER DOUGHNUT**

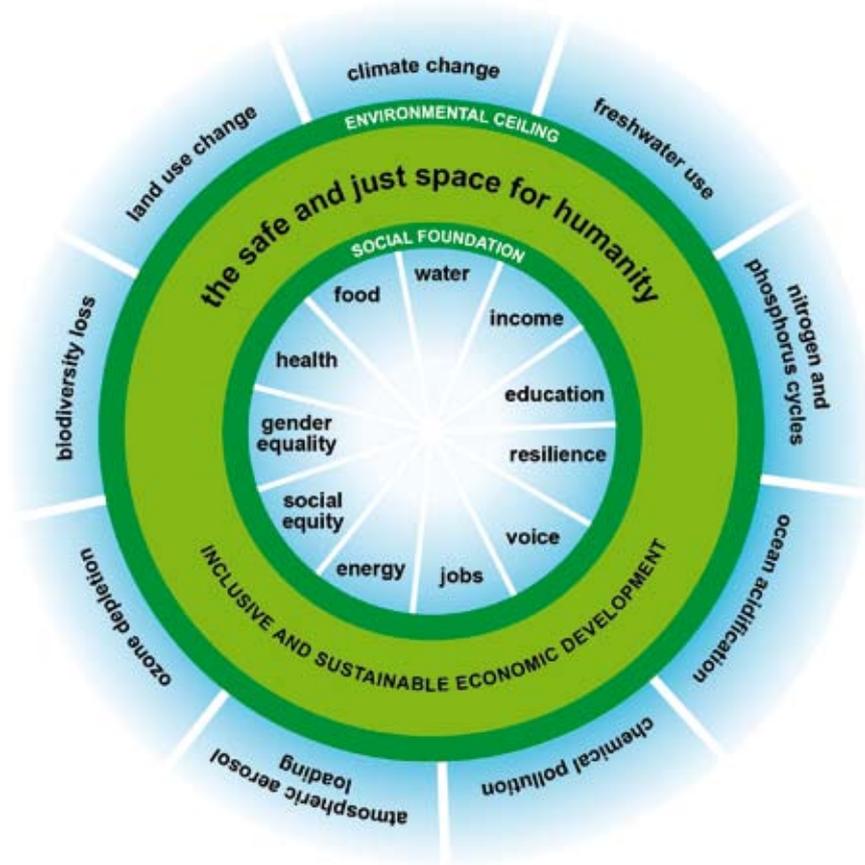
Die britische Wissenschaftlerin und Autorin Kate Raworth erkannte die Probleme der Messungen in denen einmal mehr (BIP, HDI) einmal weniger (Ökologischer

Fußabdruck) besser ist. Sie versuchte daher ein Modell einer anzustrebenden Mitte zu entwickeln, wo zuviel gleichermaßen schlecht ist wie zu wenig. Das Ergebnis ist die anschauliche Grafik des Doughnuts der sozialen und planetaren Grenzen. Der Doughnut ist ein Ring, und die einzelnen Bereiche dürfen, von innen aus gesehen, nicht zu wenig entwickelt sein, aber sie dürfen auch nicht über das Ziel hinaus schießen. Die Grundlage des Doughnuts bilden jene 11 Prioritäten, die von den Regierungen in Nachfolge zur Rio-Konferenz 1992 20 Jahre später festgelegt wurden: Zugang zu Wasser, Nahrung und Energie, das Recht auf Jobs, Einkommen, Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Beteiligung, soziale Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Dem gegenüber stehen 9 planetarische Grenzen, deren Überschreiten irreversible Umweltschäden erzeugt, die letztlich das Leben auf dem Planeten zerstören: Zugang zu sauberem Wasser,

Bodenerosion, Klimawandel, Verlust an Diversität, Zerstörung der Ozonschicht und CO<sub>2</sub>-Emissionen, chemische Verschmutzung, Übersäuerung der Meere, Nitrogen- und Phosphatzyklen.

Zwischen den genannten Prioritäten und den planetaren Grenzen liegt der Raum für die Menschheit zu sicherem und gerechtem Handeln, zu inklusiver und nachhaltiger Entwicklung.<sup>2</sup> Kurz: „The Safe and Just Space for Humanity“



<sup>1</sup> <http://www.wwf.at/de/living-planet-report-2014/>

<sup>2</sup> <http://www.kateraworth.com/doughnut, 1.7.2015>



**Was haben Menschenrechte mit Entwicklungspolitik zu tun? Ursprünglich nicht viel. Viele Jahrzehnte lang wurde die Entwicklungspolitik von markroökonomischen Diskursen geprägt, das Ziel der Armutsreduktion wurde über Symptombekämpfung verfolgt. Zwar setzten sich immer wieder auch Akteure für die Menschenrechte ein, aber es gab keine systematische Abstimmung.**

**E**rst nach Ende des Kalten Krieges gelang es Schritt für Schritt, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte als eng verbundenen Bereich zu etablieren und wirtschaftliche Initiativen mit Reformen bei z.B. Justiz und Polizei sowie einer Stärkung der Demokratie zu verbinden.

Der Schwerpunkt lag auf Grund der traditionellen Interessenslagen der Geberstaaten bei den bürgerlichen und politischen Rechten, also zum Beispiel der Religions- und Meinungsfreiheit. Den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, wie den Rechten auf Arbeit, Bildung oder

angemessenen Lohn, wurde dagegen viel weniger Bedeutung beigemessen.

Mittlerweile gibt es die Tendenz, alle Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte zu betrachten. Dabei besteht jedoch die Gefahr von Zielkonflikten

zwischen den einzelnen Rechten, etwa wenn im Zuge des Baus eines Staudamms die Menschenrechte der Betroffenen durch Enteignung oder sogar Vertreibung verletzt werden.

## RECHT STATT BARMHERZIGKEIT

In Äthiopien hat etwa die Weltbank ein Projekt unterstützt, das durch einen freiwilligen Prozess der „Verdörflichung“ in der Region Gambela zu einer besseren Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und einer besseren Grundversorgung führen sollte. Die davon betroffene halbnomadische Bevölkerung beschwerte sich allerdings bei der Weltbank, dass der Prozess keinesfalls freiwillig war, sondern von massiven Drohungen und Gewalt, bis hin zu Mord und Vergewaltigung, begleitet wurde. Außerdem würden die neuen Dörfer so schlecht mit Lebensmitteln versorgt, dass Menschen dort verhungerten, und die nun „freien“ Landflächen wurden an internationale Investoren aus China,

Indien und Saudi Arabien verkauft. Völkerrechts-Professor Manfred Nowak von der Universität Wien weist daher darauf hin, dass die „Modernisierungen“ von Staaten nach einem neoliberalen Wirtschaftsmodell inklusive Privatisierung von Bildung, Wasser und Gesundheit die entsprechenden Menschenrechte massiv gefährden.

Der mittlerweile zumindest im Mainstream als Ideal angekommene Menschenrechtsansatz in der Entwicklungspolitik soll davor schützen, dass einzelne Menschenrechte gegen andere ausgespielt werden und dass davon manche mehr wert sind als andere. Machtbeziehungen und strukturelle Ungleichheit als Gründe für multidimensionale Armut geraten ins Blickfeld und werden problematisiert.

Der Menschenrechtsansatz unterscheidet sich auch durch die Rolle der EmpfängerInnen: Entwicklungspolitik soll nicht als „Barmherzigkeit“, sondern als „Empowerment“ verstanden werden,

als eine Arbeit an der Verbesserung der Rechtssituation von Menschen in Ländern des Südens. Dabei wird die besondere Situation von benachteiligten und diskriminierten Menschen in den Blick genommen und mit ihnen gemeinsam Lösungen erarbeitet.

Grundvoraussetzung für wirksame EZA-Projekte, egal wie groß sie sind und ob sie von NGOs oder multilateralen UNO-Programmen durchgeführt werden, sind Inklusion und Selbstbestimmung, und zwar von der Planung bis zur Durchführung und zur Evaluierung. Damit einher gehen auch gegenseitige Rechenschaftspflichten der Partner aus Süd und Nord, die wiederum überprüft und deren Nichteinhaltung auch sanktioniert werden muss.

Der Menschenrechtsansatz in der Entwicklungspolitik ist mittlerweile auch von der Europäischen Union im Lissabonner Vertrag, der „Verfassung der EU“, festgehalten.

# ENGAGEMENT FÜR EINE BESSERE WELT

**Engagement für Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit kann ganz unterschiedlich aussehen.**

**D**a sind zum einen die großen, national oder sogar multinational organisierten Projekte, die viele staatliche, zivilgesellschaftliche und private AkteurInnen an einen Tisch bringen, um eine dauerhafte und tragfähige Lösung für komplexe Probleme zu erarbeiten, wie beim Lake Naivasha in Kenia (S. 19). Dann gibt es kleinere Initiativen wie das Projekt für Mütter- und Kindergesundheit in Uganda (S. 20). Aber erfolgreiche Entwicklungspolitik

braucht auch die Bildungsprojekte (S. 21) in den reichen Staaten, globale Pakte zwischen Arm und Reich (S. 22) und natürlich bewusste Entscheidungen von KonsumentInnen (S. 23) sowie eine Änderung der Rahmenbedingungen (S. 24).

Und nicht vergessen dürfen wir jene, für die Hilfe und Entwicklung vor Ort zu spät kommen, die alles aufgeben mussten und die zu uns kommen auf der Suche nach einem sicheren Leben (S. 25).

## WASSER

## FAIR-TEILEN

**Die wenigsten kennen den Lake Naivasha in Kenia und doch begegnet uns ein Auslöser für massive Probleme dort täglich an der Supermarkt-Kassa.**

**M**it Blumen (und Gemüse) für den Westen wird 10% des kenianischen Außenhandels bestritten und die Kultivierung braucht sehr viel Wasser. Doch nicht nur internationale Investoren sondern auch der lokale Tourismus, die Kleinbauern, die Fischer, Massai Hirten, Energieunternehmen (Wasserkraft und Geothermie) und andere benötigen das wertvolle Gut aus dem See.

Wie es gelungen ist, zwischen den verschiedenen Akteuren vor Ort mit Hilfe des United Nations Development Programs (UNDP), dem WWF und verschiedenen privaten Initiativen einen allgemeinen und nachhaltigen Kompromiss zu finden, der unter anderem die Zahlung für Ökosystemleistungen (PES, Payment for Ecosystem Services) beinhaltet, gilt als Musterbeispiel für zeitgemäße Entwicklungszusammenarbeit.

## MÄNNER FÜR

## MUTTER-KIND-GESUNDHEIT

Die Bevölkerung Ugandas war vor dem zwei Jahrzehnte dauernden Krieg schon patriarchalisch organisiert. Traditionelle Erziehung zum Thema Sexualität bekamen die Jugendlichen lange Zeit von älteren Verwandten, aber durch die Veränderung traditioneller Familienstrukturen als Folge des Konflikts findet diese Erziehung oft nicht mehr statt.

**D**ie Folge ist, dass Sexualität immer mehr zum sozialen Tabu wird und HIV/AIDS oder ungewollte Schwangerschaften kaum thematisiert werden. Viele männliche Jugendliche und Erwachsene unterstützen ihre Frauen beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen nicht und nützen sie oft selbst nicht. Deshalb arbeitet CARE in diesem Projekt mit 100 Männern, die eine Art Vorbildfunktion für jeweils zehn Haushalte einnehmen sollen. Durch verschiedenste Aktivitäten und Fortbildungen, vor allem über Sexualität, reproduktive und Mutter-

Kind-Gesundheit, werden mehr als 5.000 Personen Wissen zu diesen Themen erlangen und über in ihren Gemeinden verfügbare Dienstleistungen informiert.

Somit soll der Zugang zu und die Qualität dieser Dienste, besonders für vulnerable Gruppen wie Witwen, Opfer sexueller Gewalt, Frauen und Mädchen mit Behinderungen oder HIV, verbessert werden.

[www.care.at](http://www.care.at)



## DIE GROSSE WELT

## IM KLEINEN ERFAHREN

**Während auf der einen Seite Tendenzen der Abschottung und des Provinzialismus an Bedeutung gewinnen – ganz im Sinne einer Ideologie des „Österreich zuerst“ –, gibt es auf der anderen Seite unermüdliche Versuche, Bildung als Abenteuer zu verstehen, das nicht Wege verschließt, sondern Horizonte erweitert und Räume eröffnet.**

**G**lobales Lernen, transformative Bildung und freireisanische Pädagogik sind einige der Konzepte, die zur kritischen Reflexion einladen und zum Handeln ermächtigen. Es gilt, die große Welt im Kleinen erfahrbar zu machen: von Experimenten solidarischen Wirtschaftens und den vielfältigen Nord-Süd-Städte- und Gemeindeparterschaften bis hin zu den mehr als 90 Weltläden in Österreich, die sich auf fair gehandelte Waren spezialisiert haben.

Die Bemühungen des Globalen Lernens haben sich in den letzten Jahren diversifiziert: So bietet die Universität Klagenfurt einen Universitätslehrgang zu „Global Citizenship Education“ an; in der Sensengasse in Wien ist das C3-Centrum für internationale Entwicklung Ort regelmäßiger Reflexion. Jüngst forderte Klaus Seitz von Brot für die Welt im C3, dass sich globales Lernen heute als transformative Bildung verstehen muss. Angesichts von Klimawandel

und globaler Ungleichheiten brauche es neue Produktions- und Lebensweisen, da die Privilegien der Zentren nicht für alle Menschen möglich seien. Radikales, an die Wurzeln der Probleme gehendes Umdenken und Anders-Handeln sind notwendig – weltweit und bei uns.

[www.suedwind-agentur.at](http://www.suedwind-agentur.at)

[www.centrum3.at](http://www.centrum3.at)

## EIN RÜTLISCHWUR FÜRS KLIMA

Das Klimabündnis wurde bereits vor 25 Jahren von 12 Gemeinden aus Österreich, Deutschland und der Schweiz gegründet und ist mittlerweile in 24 europäischen Ländern und über 1600 Gemeinden aktiv.

Eine Besonderheit ist die Zusammenarbeit und Vernetzung nicht auf nationaler, sondern auf kommunaler Ebene. Bündnispartner sind die indigenen Völker der Regenwälder.

Das Klimabündnis bietet mit KooperationspartnerInnen Lehrgänge, Seminare, Vorträge und Workshops an. Außerdem werden Kampagnen, Ausstellungen und Konferenzen organisiert. Besondere

Bedeutung hat auch die Bildungsarbeit in Schulen und Betrieben.

Ziel des Klimabündnisses ist der Schutz des Weltklimas, was konkret über Energieeffizienz und Einsparungen sowie den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und eine Abkehr von fossilen Treibstoffen gelingen soll.

*[www.klimabuendnis.at](http://www.klimabuendnis.at)*



## “DON'T BE EVIL”

### – GEHT DAS?

**Für viele ist es heute eine Selbstverständlichkeit: Bei Bananen, Kaffee und Reis achten wir auf ein Fairtrade-Siegel und damit darauf, dass die Produktion den beschäftigten Menschen ein menschwürdiges Leben ermöglicht.**

**L**ängst können Fairtrade-Produkte nicht mehr nur in Weltläden, sondern im normalen Supermarkt und selbst beim Discounter gekauft werden. Für Schuhe, Kleidung und mittlerweile sogar für Gold gibt es entsprechende Kennzeichnungen.

„Don't be evil“, das Konzernmotto von Google, galt lange Zeit bei der Produktion komplexer Produkte wie Telefone oder Computer als unerreichbar. Deshalb erhielt das 2013 initiierte „Fairphone“ von Anfang an viel Aufmerksamkeit. Das Ziel war ein Smartphone unter fairen

Bedingungen und ohne Schaden für den Planeten zu produzieren. 100%ig wurde das Ziel laut eigenem Eingeständnis nicht erreicht, doch ist das Fairphone auch als „proof of concept“ zu betrachten, dass mit etwas Anstrengung der ProduzentInnen wie auch der KonsumentInnen die menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen von Foxconn & Co nicht unausweichlich sind. Das Fairphone 2 wird für Ende 2015 erwartet und hat bereits viele tausend Vorbestellungen.

[www.fairphone.com](http://www.fairphone.com)

## EIN ANDERER WELTHANDEL

„TTIP Stoppen“, die Bewegung gegen das transatlantische Handelsabkommen TTIP, hat viele Menschen und Organisationen gegen eine falsche Welthandelspolitik mobilisiert.

**D**urch intensive Bewusstseinsbildung konnte gezeigt werden, dass die neoliberale Globalisierung nicht der Völkerverständigung und dem Kosmopolitismus dient, sondern vorrangig dazu führt, dass Märkte von internationalen Konzernen kontrolliert werden. Nicht lokale Märkte und regionale Kreislaufwirtschaft, sondern ein reglementierter Weltmarkt mit unkontrollierter Marktmacht sind die Folgen. Doch es reicht nicht, zu kritisieren. Gesucht sind auch Alternativen: „Fairtrade“, die erfolgreiche Initiative für einen fairen Welthandel, befähigt KonsumentInnen zu bewussten Kaufentscheidungen. Doch eine andere,

gerechtere Welthandelsordnung darf die Verantwortung nicht einzig den KonsumentInnen aufbürden, sondern muss politische Rahmenbedingungen für nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften setzen. Im Herbst 2015 beginnen die Trägerorganisationen von „TTIP Stoppen“ neben dem Nein zu TTIP auch das Ja zu „anders handeln“ zu propagieren: Kapitalverkehrskontrollen werden nämlich ebenso notwendig sein wie Regeln gegen Sozial- und Umweldumping und die Förderung regionalen Wirtschaftens.

[www.ttip-stoppen.at](http://www.ttip-stoppen.at)



## MENSCH, NICHT ASYLANT

**Während das offizielle Österreich für Menschen auf der Flucht nicht einmal mehr Zelte aufbringen möchte, geht eine Welle der Hilfsbereitschaft durch die Zivilgesellschaft.**

Vom Alpenverein bis zu freiwilligen Feuerwehren, von vielen Betrieben bis zu Einzelpersonen wird Solidarität und Menschlichkeit gezeigt. Eines der vielen Projekte nennt sich „Flüchtlinge Willkommen“ und übernimmt die Vermittlung von WG-Zimmern an Flüchtlinge. Das Ziel ist nicht nur eine unbedingt notwendige Behausung bereitzustellen, sondern den Menschen nach Unsicherheit und häufig langer und anstrengender Flucht auch positive menschliche Kontakte und die Einbindung in einen geregelten Alltag, kurz so etwas wie Normalität, zu bieten.

Den Zugang, über menschliche Kontakte nicht nur zu helfen, sondern auch positive Erfahrungen auf allen Seiten zu vermitteln, gibt es natürlich auch bei vielen anderen Projekte, wie etwa bei „Connecting People“, das bereits seit mehr als fünfzehn Jahren Paten und Patinnen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vermittelt.

*[www.fluechtlinge-willkommen.at](http://www.fluechtlinge-willkommen.at)  
[www.connectingpeople.at](http://www.connectingpeople.at)*



## WEIBLICHE ARMUT - WIESO SIE DIE GESAMTE GESELLSCHAFT BETRIFFT

Als die europäische Kolonialpolitik der „Entwicklungshilfe“ Platz machte, waren ihre Ziele in erster Line Modernisierung, Industrialisierung und Wirtschaftswachstum – die besonderen Herausforderungen, vor denen Frauen in Ländern des globalen Südens standen, wurden nicht thematisiert.

**E**rst ab den 1970er Jahren wurden Frauen gezielt in Entwicklungsprojekte eingebunden. Doch dies alleine führte zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Situation von Frauen. Manchmal war sogar das Gegenteil der Fall: Die Armut unter den Frauen wuchs durch die externen Interventionen der EZA, sie verloren Autonomie und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Macht von

Männern nahm zu. Erst nach und nach wurden diese Zusammenhänge thematisiert und die Rolle der Frauen sowie generell das Verhältnis zwischen den Geschlechtern berücksichtigt.

In der Entwicklungszusammenarbeit ist nun anerkannt, dass Frauen unterschätzte Trägerinnen der wirtschaftlichen Entwicklung – in der Landwirtschaft, im Handel

und vermehrt auch in der Wissensgesellschaft – sind. Direkte Frauenförderung und ‘gender mainstreaming’ in allen thematischen Bereichen tragen zu Gleichberechtigung bei.

Nichtsdestotrotz fehlt es in der globalen Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor an einem konkreten Lösungsansatz, der eine politische Umorientierung zum

Ziel hat. Aktivitäten zur Förderung einer vollen Teilnahme von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen stellen nur einen kleinen Bereich der EZA dar. Sie ist jedoch entscheidend für eine langfristige Etablierung der Gendergerechtigkeit. Denn bei Frauenförderung geht es auch um eine Veränderung der traditionellen Geschlechterverhältnisse und damit um einen kulturellen Wandel. Frauen sollen ihre Menschenrechte realisieren können, indem sie ungehinderten Zugang zu Bildung und Gesundheit bekommen, in ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr eingeschränkt werden und gleichberechtigt über Haushaltsausgaben mitentscheiden.

UNDP, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, erhebt Indikatoren, um Geschlechterungleichheit zu erfassen. Gemessen werden unter anderem frauenspezifische Daten zu Müttersterblichkeit, Teenager-Schwangerschaften, Anteil an Frauen im Parlament, im Sekundärschulbereich und der Erwerbsquote.

Genauso wichtig sind Daten, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern illustrieren: 70 Prozent der ärmsten Menschen sind weiblich, im südlichen Afrika verrichten sie 80 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeit, besitzen aber weniger als 10 Prozent des Landes. Zudem tragen Frauen überproportional die Last von Krisen, wenn der Staat seine Leistungen reduziert.

### **GLEICHBERECHTIGUNG ALS IDEOLOGISCHES KAMPFFELD**

An Bedeutung gewonnen hat in den letzten Jahren in der Entwicklungsdiskussion erneut das Thema Gewalt gegen Frauen. So hat etwa der Tod der 23-jährige Jyoti Singh Pandey nach der Vergewaltigung durch sechs Männer nicht nur zu anhaltenden Protesten und zu Gesetzesänderungen in Indien, sondern auch zu einer Vielzahl internationaler Initiativen gegen vermeintlich „traditionelle“ Praktiken sexueller Gewalt geführt. In Europa treten auch rechte, antifeministische Parteien

lautstark für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ein – als ideologische Waffe gegen den Islam. So wird die Gleichberechtigung der Frauen zunehmend zu einem ideologischen Kampffeld. Es wird auch an einer aktiven internationalen Frauenbewegung liegen, nicht instrumentalisiert zu werden, sondern die erhöhte Aufmerksamkeit zur weitergehenden Ermächtigung von Frauen weltweit zu nutzen. Dabei wird es auch darauf ankommen, dass das medial beliebtere Thema Gewalt an Frauen nicht dazu führt, dass der Kampf um die volle Partizipation von Frauen in allen wichtigen Entscheidungsprozessen zum Nebenschauplatz wird. Frauen dürfen nicht mehr als Opfer, sondern als gleichwertige Akteurinnen gesehen werden.



## **GRENZZÄUNE GEGEN DEN KLIMAWANDEL?**

Eine globale Betroffenheit erfordert Denken und Handeln auf allen Ebenen. Nur durch eigene Initiative können nationale Widerstände überwunden und an einer positiven, gemeinsamen Zukunft mitgewirkt werden.

Die Debatte über den Klimawandel begleitet uns nun bereits seit Jahrzehnten, doch haben sich die Konflikte im Laufe der Zeit verschoben. Fanden sich früher auch noch GesprächspartnerInnen, die eine Erwärmung der Erde überhaupt in Frage stellten, wurde in den letzten Jahren eher darüber diskutiert, ob die Menschen dafür verantwortlich gemacht werden können.

Doch heute hat sich die Konfliktlinie erneut verschoben. Am von Menschen gemachten Klimawandel zweifelt praktisch niemand mehr, aber die Konflikte sind dennoch nicht kleiner geworden. Nur betreffen sie jetzt hauptsächlich die notwendige Intensität unserer Anstrengungen sowie die Verteilung der Lasten und Kosten.

### UNTERSCHIEDLICHE NATIONALE INTERESSEN

Dabei sind die Interessen ganz unterschiedlich motiviert: regional, national,

ökonomisch oder ideologisch. Die Veränderung des Klimas betrifft alle Menschen, doch gibt es Staaten, die sowohl von der fossilen Energieversorgung, als auch von einer Erwärmung der Erde profitieren. Kanada und Russland sind beide sehr große Energieexporteure mit einer etwa doppelt so hohen Pro-Kopf CO<sub>2</sub> Emission wie Österreich. Gleichzeitig dürfen sie auf Grund ihrer geographischen Position davon ausgehen, zu den GewinnerInnen der Erderwärmung zu gehören. Entsprechend gering ist das Interesse, am derzeitigen Geschäftsmodell etwas zu ändern.

Als großer möglicher Verlierer des Klimawandels wird derzeit Bangladesh gesehen, das als eines der am wenigsten entwickelten Länder der Erde heute einen Pro-Kopf CO<sub>2</sub> Ausstoß von etwas mehr als 5% des österreichischen Niveaus hat. Auch wenn neuere Forschungen argumentieren, dass die Küsten von Bangladesh nicht ganz so anfällig sein könnten wie zunächst befürchtet, ist

klar, dass dort und in anderen Ländern ein steigender Meeresspiegel zumindest regional zu massiven Problemen führen kann. Die Folgen der Erderwärmung werden fast immer von Menschen getragen, die ihn nicht maßgeblich verursacht haben und die ihn selbst auch nicht beeinflussen können.

### MIGRATION ALS FOLGE DES KLIMAWANDELS

Wie komplex und unvorhersehbar die Folgen bei globalen Klimaveränderungen sein können, zeigt ein Bericht im Human Development Report der UNO. Die jahrelange massive Dürre in Syrien wird dort für eine massive Landflucht verantwortlich gemacht, mit der wiederum soziale Verwerfungen einhergingen, die laut diesem Bericht mitverantwortlich für den Ausbruch der Revolution waren.

Die syrischen Flüchtlinge vor unseren Türen sind nur eines von vielen Zeichen, dass wir nicht auf Dauer die Ressourcen

anderer Menschen verbrauchen (siehe ökologischer Fußabdruck, Seite 13) und gleichzeitig jede Verantwortung für deren Lebensperspektive mit immer höheren Grenzzäunen abwehren können.

Der Widerspruch zwischen kurzfristigen nationalen und langfristigen globalen Interessen ist offensichtlich, doch die Konsequenzen werden auf der Ebene unserer politischen und wirtschaftlichen Vertretung noch kaum gezogen.

Das ambitionierte Ziel des Green Climate Funds der UN, bis zum Jahr 2020 100 Mrd. Dollar für Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern bereit zu stellen, scheint schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Erst 10 Milliarden wurden bisher fix zugesagt und der österreichische Beitrag ist mit zugesagten 50 Millionen bescheiden. So bleiben die internationalen Maßnahmen bisher nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

### MULTILEVEL APPROACH

Für die nächste UN-Klimakonferenz in Paris 2015 ist es unerlässlich, ein System zur wissenschaftlichen Überprüfung der Klimaziele zu etablieren und auch eine Bewertung im Sinne der Gerechtigkeit zu finden, damit jede Nation verpflichtet wird, die Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen, die ihren Fähigkeiten und ihrem Entwicklungsstand entspricht.



Doch bei allen internationalen Anstrengungen zeigt sich, dass die notwendige Einigkeit nur um den Preis von massiven Zugeständnissen erkaufte werden kann. Nationale Regierungen neigen dazu, die vereinbarten bescheidenen Ziele als maximal anzusetzen und, wie im österreichischen Fall, selbst diese nicht zu erreichen.

Das Versagen auf internationaler und im österreichischen Fall auf nationaler Ebene muss aber nicht einfach hingenommen werden. Die Bedeutung des Engagements der Bevölkerung zeigten weltweite Demonstrationen für Klimagerechtigkeit und für die Energiewende rund um den Klimagipfel in New York im September 2014. Zivilgesellschaftliche Akteure wie die österreichische Klima-Allianz versuchen, den Druck auf die Regierungen zu erhöhen und benötigen dafür breite Unterstützung. Viele Individuen, Gemeinden, Städte und Regionen versuchen, in ihrem Bereich eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Zum einen, um die Machbarkeit einer massiven Reduktion fossiler Energie zu demonstrieren, zum anderen aber auch, um in der Reduktion des Verbrauchs den Anreiz für weitere Investitionen in die zunehmend teurere Förderung fossiler Energie (Stichwort Fracking) zu senken.

Bei den fossilen Exportnationen wird voraussichtlich weder Moral noch Gewissen einen Sinneswandel bewirken, aber die Aussicht auf ständig sinkende Einnahmen wird auch Investitionen senken und die Volatilität der Preise für Erdöl und Gas weiter steigern. So wird die Energiewende immer mehr nicht nur zur moralischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Notwendigkeit.



**Das vielfach ausgezeichnete Journalismusprojekt „The Migrants´ Files“ hat sich nach „Counting the Dead“ nun der Verwendung von Steuergeldern in Zusammenhang mit der Migrationspolitik Europas gewidmet. Dabei fanden sie heraus, dass seit 2000 mindestens 11.3 Milliarden Euro für Deportationen ausgegeben wurden, knapp eine Milliarde kostete die Grenzschutzagentur FRONTEX. Deutlich über 200 Millionen gingen an Rüstungskonzerne für die Entwicklung von Grenzüberwachungstechnologie.**

[www.themigrantsfiles.com](http://www.themigrantsfiles.com)



## ZWISCHEN EURASIEN UND DEM PAZIFISCHEN ASIEN – MÄRKTE UND MACHTPOLITIK

Rund hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs taumelt die Welt erneut von einem Krieg in den nächsten. Vertraute Strukturen, die wir bislang für garantiert hielten, stehen an der Kippe. ■ *Von Karin Kneissl*

**E**ine neue multipolare Ordnung entsteht inmitten heftiger wirtschaftlicher und politischer Turbulenzen. Es kommt zur Wachablöse auf dem großen Schachbrett, wo die Regeln aber erst neu

vereinbart werden müssen. Dies wird mit schweren Machtkämpfen, ob im Nahen Osten, im Chinesischen Meer oder in Eurasien, dem alten Objekt geopolitischer Begierden, einher gehen.

Freie Handelsräume, wie sie vor 1914 bestanden, waren keine Garantie für Frieden. Gesellschaftlicher Kitt braucht auch Respekt für die Gemeinschaft und das Individuum. Die Idee einer solidarischen

Weltgemeinschaft könnte sich zudem als Illusion entpuppen, zumal jene Verträge und Institutionen, in welche die Menschen einst große Erwartungen setzten, wie die europäische Integration und die Vereinten Nationen, zusehends an Inhalt und damit Glaubwürdigkeit verlieren. Am Weltwirtschaftsforums von Davos wird die wachsende soziale Kluft bereits seit Jahren als globales Risiko gesehen.

### **DIE ANGST VOR DEM AUFSTAND**

Anstatt von Staaten und Bürgern ist seit Jahrzehnten nur mehr von Märkten und Konsumenten die Rede. Doch aus Märkten können auch immer wieder Mächte werden – das war auch am Ende der ersten liberalen Globalisierung 1914 der Fall. Und wenn das Heilsversprechen Konsum infolge massiver Rezession seine Gültigkeit verliert, dann rebellieren Menschen. Dass die Aussage der einstigen britischen Premierministerin Margret Thatcher „There is no such thing as society,“ nicht stimmt, zeigt sich angesichts der vielen gesell-

schaftlichen Umbrüche, die vom arabischen Raum bis nach Europa die Grundlagen der jeweiligen Staaten erschüttern. Der „gescheiterte Staat“, der bankrott sein Gewaltmonopol verliert und somit zerfällt, kann auch mitten in Europa liegen.

Und je stärker die Politik versagt, umso mehr wächst die Tendenz, wieder im Namen Gottes zu mobilisieren. Denn ein neues Heilsversprechen muss her. Der politische Islam versteht sich auch als Anti-Globalisierungsbewegung.

Aber auch das Erstarken eines militanten Christentums, das schon in der Zwischenkriegszeit in vielen europäischen Staaten aus damals völlig anderen Motiven das politische Vakuum füllte, ist eine Möglichkeit. Die arabischen Revolten von 2011 begannen zwar als Aufstand der säkularen Mitte, doch endeten sie an den Urenen zumeist mit dem Sieg der religiösen Kräfte. Der islamische Extremismus, der u.a. infolge westlicher Interventionen, ob 2003 im Irak oder 2011 in Libyen, weiter

an Zulauf gewann, hebt nun in Gestalt des Kalifats Islamischer Staat die aus der Kolonialzeit der 1920 Jahre stammenden Grenzen aus.

### **VON DER ORIENTFRAGE ZUM NAHOSTDRAMA**

Anstelle des Territorialstaates, wie wir ihn seit dem Westfälischen Frieden von 1648 kennen und den Europa im Zuge des Kolonialismus in die restliche Welt als Nationalstaat exportierte, erleben wir nun im Nahen Osten die mögliche Rückkehr zu religiös bestimmten Gemeinschaften. Die universelle Weltgemeinschaft, wie sie mit den Vereinten Nationen institutionalisiert wurde, ist in der Krise. Und viele europäische Staaten befördern diese Rekonfessionalisierung, indem anstelle republikanischer Gemeinsamkeiten die kulturelle und religiöse Zugehörigkeit, bzw. Ausgrenzung betont wird. Der Nahe Osten ist uns offenbar verdammt nahe.

Während die USA sich aus der Region zurückziehen, bleibt Europa auf dem mitverschuldeten nahöstlichen Scherbenhaufen sitzen. Die viel zu lange andauernde Stützung von Diktatoren, die Mitwirkung an den Folterflügen, sowie die humanitären Interventionen haben das Prestige Europas weiter erschüttert. Gleichzeitig werden die Flüchtlingsbewegungen zunehmen: Sowohl die geschwächten staatlichen Strukturen als auch die Kriege, ob in der Türkei oder am Golf, werden die Ausweglosigkeit erhöhen. Die lang andauernden Konflikte, ob im Libanon oder zwischen Israelis und Palästinensern, werden maximal im Sinne von Konfliktmanagement verwaltet.

## **DER EUROPÄISCHE ZWERG UND DIE ASIATISCHE LANDMASSE**

Der Bruch zwischen Orient und Okzident findet indes auch mitten in den europäischen Gesellschaften statt. Ebenso heftig scheint die alte Bruchlinie zwischen Ost und West die Beziehungen zwischen

Europa und Russland zu erfassen. Die geopolitische Bedeutung von Zentralasien – eine Politik, die unter Putin eine neue Aktualität erhält und im Lichte der intensivierten Zusammenarbeit mit China und Indien weiter ausgebaut wird – wurde akademisch bereits um 1900 untersucht.

Denn als Vater der Geopolitik gilt der Brite Halford Mackinder (1861-1947). In seinem 1904 erschienenen Werk „The Geographical Pivot of History“ begründete er das in Großbritannien anfänglich kaum beachtete Konzept der Herzland Theorie. Diese besagt, dass eine Weltmacht eben diese große Landmasse beherrschen müsste. Dieses Ziel verfolgten Weltmächte zu allen Zeiten. Gegenwärtig auch wieder im Namen von Erdöl, Erdgas und Pipelines.

Der eurasische Wirtschaftsraum scheint sich nun weiter zu verfestigen, wenn gleich mit anderen Akteuren, als Mackinder erahnen konnte. Denn China, die

Türkei und der Iran, sowie andere asiatische Regionalmächte mischen in dieser rohstoffreichen Region zusehends mit. Waren es in der Vergangenheit vor allem die strategische Tiefe und die landwirtschaftlichen Flächen, die das Interesse der Geopolitiker anzogen, ist es heute zusätzlich das Interesse am physischen Zugang zu den wichtigen fossilen Energieträgern. China als weltweit wichtigster Akteur wirkt hier entsprechend mit.

## **CHIMERICA ODER KRIEG**

In seinem Buch „Der Aufstieg des Geldes“ argumentierte der schottische Historiker Niall Ferguson schon vor der Krise 2008, die Beziehung zwischen den USA und China sei mittlerweile so eng verflochten, dass die beiden Länder ein eigenes Schachtelwort, aus China und Amerika kombiniert, verdient hätten: Chimerica.

Ambitionen für eine Ausrichtung in den Pazifik anstelle des Atlantiks hatte bereits Ende der 1980er Jahre US-Präsident

George H. Bush gehegt. Diese Pläne zerschlugen sich 1989 mit der Implosion des Kommunismus in Europa und den nachfolgenden Umwälzungen. Doch könnte aus einer als Partnerschaft angepeilten Neuordnung der Verhältnisse bald eine gefährliche Rivalität werden. Eine solche ergibt sich nicht nur aus dem Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China, sondern aus den unterschiedlichen Allianzen in der Region, die China als seinen Hinterhof beansprucht. Es wiederholen sich Zwiste zwischen den Staaten, die Jahrhunderte zurückreichen. Die Verschiebung der geopolitischen Konfrontation vom Atlantik in Richtung Eurasien und asiatisch-pazifischem Raum ist auch mit ihrer demographischen Brisanz zu erfassen.

Denn die Ein-Kind-Politik, die China 1979 einführt und jüngst lockerte, hat zu einem bedenklichen Überschuss an jungen Männern geführt. Dies gilt ebenso für Indien, wo die Abtreibung weiblicher Föten oder Tötung neugeborener Mädchen

ähnlich wie in China, wenn auch aus anderen Gründen, Praxis ist. China exportiert diese jungen Menschen vorerst als Billigarbeiter auf seine afrikanischen Baustellen. Doch nicht auszuschließen ist, dass diese Generation noch als Kanonenfutter in einem Krieg missbraucht wird, wenn der Konjunkturmotor stottert und die Baustellen weniger werden.

Die zweite Wirtschaftsmacht der Welt, nämlich China, ist der größte Gläubiger der ersten, den USA. Währungsturbulenzen und Territorialforderungen können das Gleichgewicht der wechselseitigen Abhängigkeiten rasch durcheinander bringen und ein offener Konflikt könnte China erlauben, den Überschuss an zornigen jungen Männern loszuwerden, wie dies in der Menschheitsgeschichte immer wieder der Fall war. Um genau das zu verhindern, müssen die aufstrebenden und absteigenden Mächte im Gespräch bleiben. Doch die Gratwanderung wird eine Herausforderung an Diplomatie und Sachverstand sein.

Der ehemalige deutsche Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gewann in seiner politischen Arbeit folgende Einsicht: „Ein Staatsmann unterscheidet sich von einem Politiker dadurch, dass ersterer Entscheidungen trifft, für die er riskiert, nicht wieder gewählt zu werden.“



**Karin Kneissl** ist eine renommierte Nahostexpertin



## **EINE NEUE ARCHITEKTUR FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND NACHHALTIGKEIT**

Konflikte um knappe Ressourcen, Zunahme an Asylsuchenden, die anhaltende Diskriminierung von Frauen oder den irreversiblen Klimawandel - all das kann Entwicklungszusammenarbeit nicht alleine lösen.

**W**eil die globalen Probleme zunehmend komplexer werden, während die gegenseitige Abhängigkeit der Weltregionen zunimmt, fordern immer mehr Stimmen eine radikale Veränderung der Architektur internationaler Zusammenarbeit: hin zu einer umfassenden, kohärenten Agenda für globale Entwicklung und Nachhaltigkeit, die Menschenrechte als Grundlage hat und die ökologischen Grenzen unseres Planeten berücksichtigt.

Im Jahr 2000 wurden von den Vereinten Nationen die "Millennium Development Goals" beschlossen. Während einer Laufzeit von 15 Jahren sollte die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, Armut und soziale Benachteiligung in Entwicklungsländern zu reduzieren. Obwohl die Zielvorgaben nicht in allen Staaten erreicht wurden, sank die extreme Armut - das sind Menschen, die mit rund einem Euro pro Tag auskommen müssen - weltweit beträchtlich.

Doch mit ihrem Fokus auf (durchaus wichtige!) Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Schulbildung, konnten die vielen Anstrengungen rund um die 8 Millenniums-Entwicklungsziele nur wenig zur Lösung multipler Krisen beitragen. Ihre Nachfolger, ein Set an nunmehr 17 neuen "Sustainable Development Goals" (SDGs), ebenfalls von den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen angenommen, greifen nun weiter und tiefer. Sie stellen den Anspruch "transformativ" zu sein. Ein weiterer wichtiger Unterschied: durch ihre globale Gültigkeit wird Österreich genauso in die Pflicht genommen wie Äquatorialguinea und Bhutan, die Lebensumstände für alle zu verbessern. Neben den bereits bekannten Zielen mit dem Fokus auf Grundbedürfnisse wird nun auch die "Reduktion der Ungleichheit zwischen Staaten", die "Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften" sowie die "Sicherstellung nachhaltiger Produktions- und Konsumweisen" angestrebt. Dadurch wird die Verantwortung der Industrieländer für

globales Wohlergehen stärker betont. Die neuen Sustainable Development Goals (SDGs) zeigen auf, dass ungezügelltes Wachstum alleine nicht die Lösung sein kann - eine Abkehr von einem jahrzehntelang vorherrschenden Paradigma. Sie bieten auch eine Chance, die Verkürzung von Entwicklungspolitik auf Problembekämpfung und "nachholende Entwicklung" des globalen Südens aufzuheben.

Die Kosten für die Umsetzung der ehrgeizigen neuen Agenda werden auf 3,5 bis 5 Milliarden Dollar geschätzt. Bei den Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele vorgesehen sind, zeigten sich die Mitgliedsländer der UN ebenfalls progressiver als noch vor 15 Jahren: sie schreiben den öffentlichen EZA-Geldern zwar weiterhin eine wichtige und unersetzliche Rolle zu, betonen aber auch die Verantwortung des Privatsektors sowie Politikkohärenz (siehe Seite 40ff), denn die Finanzierung der SDGs verlangt tiefgreifende Veränderungen in der internationalen Steuerpolitik.

## VOM PLAN ZUR UMSETZUNG

Noch ist nicht bestimmt, wie die Umsetzung bis zum Zieljahr 2030 in der Praxis funktionieren soll. Alle Sustainable Development Goals mit grenzüber-

schreitendem Charakter, welche die Sicherung öffentlicher globaler Güter wie z.B. Klimaschutz oder internationale Finanzstabilität betreffen, brauchen per Definition multilaterale Koordination. Dazu werden Reformen der “global

governance” und internationaler Organisationen unerlässlich sein: die Demokratisierung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, wo Stimmrechte von der Finanzkraft der Länder abhängen (auch “one Dollar one vote” genannt) und die USA ein faktisches Vetorecht haben, ist längst überfällig. Ebenso muss die Zusammensetzung des Sicherheitsrates an die heutige Realität angepasst werden, indem ständige Sitze für alle Kontinente geschaffen werden. Solch ein Umbau würde für Europa zwar „Verluste“ bedeuten, doch die EU muss sich vor Augen führen, dass unsere Welt nur dann zusammenwächst, wenn wir gemeinsam mit allen Partnerländern und auf Augenhöhe an Lösungen arbeiten.

Auf nationaler Ebene liegt die Umsetzung der SDGs in der Verantwortung jedes einzelnen Landes, einen lokal angepassten, verbindlichen Aktionsplan und ausreichend Mittel vorzulegen. Die österreichische Regierung kann sich



entschließen, wirksam gegen Armut im eigenen Land aktiv zu werden, jugendliche SchulabbrecherInnen zu fördern oder gegen illegalen Waffenbesitz anzukämpfen.

Was den Österreichischen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Länder des globalen Süden betrifft, zweifeln ExpertInnen, ob die streng nach Ressorts und Kompetenzen getrennte Verwaltung in der Lage sein wird, nationale Agenden als Weltinnenpolitik zu begreifen. Um der zunehmenden Verflechtung zwischen Innen- und Außenpolitik zu begegnen, wurde die Schaffung eines Ministeriums für Globale Entwicklung vorgeschlagen. Es soll für jene Themen und Probleme zuständig sein, die nicht von einem Staat isoliert gelöst werden können, sondern globale Zusammenarbeit und Koordination benötigen, wie etwa der bereits genannte Klimaschutz. Indem das Ministerium diese Agenden von bisherigen Ressorts übernimmt, bläht es den Verwaltungsapparat nicht

auf, sondern sichert effektive interne Koordination und Kohärenz.

### EZA ALS AUSLAUFMODELL?

Wie sich die "klassische" bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, mit Fokus auf Armut und Grundbedürfnisse, mittelfristig in die neu wachsenden Strukturen eingliedern wird, ist noch unklar. Projektarbeit könnte sich auf sozioökonomische Entwicklung in den ärmsten und fragilsten Staaten spezialisieren, um dort die Umsetzung nationaler Entwicklungspläne anzukurbeln. Das globale Umdenken könnte aber auch die zahlreichen NGOs in der EZA anstoßen, sich neu zu positionieren und auf Umverteilungsfragen in ihren "Heimatländern" zu konzentrieren. So oder so: während die neue Architektur für globale Entwicklung und Nachhaltigkeit Schritt für Schritt entsteht, wird während dieser Transition die alte noch weiterbestehen.



**ÖSTERREICHS  
AUSGABEN FÜR  
ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Österreich hat sich vertraglich verpflichtet, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungspolitik auszugeben. Mit 0,26 Prozent war man 2014 weit davon entfernt. Die Hälfte der ausgegebenen 863 Millionen Euro gingen dabei an Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank und die EU.

Mit dem Rest werden z.B. Schuldenreduktion oder bilaterale Entwicklungsprojekte und technische Hilfeleistungen finanziert.

In diesem Betrag ist übrigens, wie international üblich, auch die Betreuung von AsylwerberInnen in Österreich eingerechnet.



## **GLOBALE ENTWICKLUNG ALS HAUSAUFGABE FÜR ÖSTERREICH**

**EIN PLÄDOYER FÜR POLITIKKOHÄRENZ. “Mit einer Hand geben, mit der anderen nehmen.” Dieses Sinnbild beschreibt die widersprüchliche Politik Österreichs gegenüber Ländern des globalen Südens. ■ Von Tanja Windbüchler**

**W**ährend die Entwicklungszusammenarbeit derzeit einerseits erfolgreiche Projekte für Armutsbekämpfung umsetzt, schürt die oft egoistische Landwirtschafts- und Handelspolitik Europas Probleme in den Partnerländern des globalen Südens. Die

negativen Folgen dieses unabgestimmten Vorgehens sind real: wenn Österreich und andere EU-Länder Tonnen subventionierter Milch - oft in der Form von Milchpulver - in den globalen Süden exportieren, steigt der Druck auf lokale Märkte, zerstört lokale Produktionsstruk-

turen und untergräbt die positiven Effekte von Projekten zur aktiven Förderung von Bauern und Bäuerinnen. Das muss ein Ende haben, damit die Sustainable Development Goals tatsächlich innerhalb von 15 Jahren erreicht werden können.

## “POLITIKKOHÄRENZ IM INTERESSE DER ENTWICKLUNG”

Politikkohärenz ist zwar ein sperriger Begriff, steht aber für ein simples Konzept: alle Maßnahmen Österreichs oder der EU, die Auswirkungen auf Länder des globalen Südens haben, müssen der Armutsreduktion als Leitmotiv folgen.

Dieses Gebot der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung ist gesetzlich verankert, sowohl in Österreich im EZA-Gesetz von 2003, als auch in der EU im Artikel 208 des Vertrags von Lissabon. Doch die Umsetzung ist trotzdem lückenhaft: zahlreiche Fälle von widersprüchlichen Maßnahmen zeugen von einer fehlenden Realisierung. In den europäischen Parlamenten werden nach wie vor Gesetze verabschiedet, die eher kurzfristige Wirtschaftsinteressen bedienen, als langfristige Ziele des globalen Wohlstands verfolgen, etwa wenn europäische Patent- und Monopolrechte Menschen in Entwicklungsländern den Zugang zu Medikamenten erschweren. Massiver Handlungsbedarf ist gegeben.

Damit Politikkohärenz in der Praxis gelebt wird, sollte in Zukunft jedes neue Gesetzesvorhaben in Österreich durch eine transparente Folgeabschätzung auf seine Vereinbarkeit mit den Zielen und Vorgaben der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit kritisch geprüft werden. Sollte diese Überprüfung negativ ausfallen, müssen Vorschläge gestoppt und überarbeitet werden - denn Inkohärenzen stellen einen klaren Bruch des österreichischen und europäischen Rechts dar!

### ALLE AN EINEN TISCH

Für mich steht außer Frage, dass Entwicklungspolitik eine Aufgabe der gesamten Regierung und aller Ressorts, nicht nur des Außenministeriums, ist und aus ihrer EZA-Fokussierung gelöst werden muss. Eine Strategie für Politikkohärenz, deren Umsetzung anhand von Indikatoren beobachtet werden kann, müsste neben der EZA zumindest folgende Bereiche umfassen: Handel, Steuerfragen, Umwelt und

Klima, Landwirtschaft, Migration, Sicherheit, Forschung und Innovation sowie Energie. Viele dieser Materien werden auf EU-Ebene beschlossen, doch das heißt nicht, dass Österreich keinen Einfluss hat: es muss in den innereuropäischen Verhandlungen eine klare Position pro Entwicklung einnehmen und die übrigen Mitgliedsstaaten an ihre rechtlichen Verpflichtungen erinnern. Kohärenz bedeutet auch, gemeinsam die finanzielle Ausstattung der Entwicklungspolitik zu gewährleisten.

Damit solche ernstgemeinte Kohärenzpolitik in der Praxis umgesetzt wird, braucht es die Zusammenarbeit aller Akteure und Akteurinnen sowie ausreichende Ressourcen zur ressortübergreifenden Koordination zwischen Ministerien. Die rasche Erreichung des Finanzierungszieles in Höhe von 0,7% des Bruttonationaleinkommens, wie von den Vereinten Nationen beschlossen, ist nur eine Frage des politischen Willens. Hausaufgaben machen wäre doch ganz einfach...

## 6 MASSNAHMEN FÜR EINE BESSERE ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

### STUFENPLAN FÜR DAS 0,7%-ZIEL FIXIEREN

Im internationalen Vergleich gibt Österreich besonders wenig für Entwicklungsfinanzierung aus, trotz internationaler Verpflichtungen. Die Regierung sollte eigentlich 0,7% des Bruttonationaleinkommens bereitstellen, derzeit sind es aber nur 0,26%. Die Regierung hat das Ziel bis 2020 zu erreichen und dafür einen gesetzlich verankerten Stufenplan vorzulegen.

### AUFSTOCKUNG DER MITTEL FÜR PROJEKTE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Nur ein Bruchteil der ohnehin geringen Mittel für Entwicklungspolitik steht in Österreich für EZA-Projekte von Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung. Die Gelder für direkt gestaltbare bilaterale EZA mit den Partnerländern Österreichs sollten sofort aufgestockt und nachhaltig abgesichert werden. Erfolgreiche Projekte verlangen Verlässlichkeit und Partnerschaft auf Augenhöhe.

### QUALITÄT IST MINDESTENS GENAUSO WICHTIG WIE QUANTITÄT

Von jedem Euro, der als EZA-Geld deklariert wird, bleiben derzeit ca. 50 Cent in Österreich. Die Regierung muss aufhören, durch "gebundene Hilfe" ihre eigenen Exporte zu fördern und international verpönte Statistik-Tricks anzuwenden, um ihr EZA-Budget aufzublähen. Menschen in den Partnerländern haben nichts davon.

### STRENGSTE AUFLAGEN FÜR FÖRDERUNGEN AN DEN PRIVATSEKTOR

Derzeit erhalten gewinnorientierte Unternehmen wie die OMV für ihre Tätigkeiten in Entwicklungsländern von der Regierung Steuergeld. Bei der Vergabe von EZA-Mitteln an den Privatsektor sollte strengstens geprüft werden, ob die Förderung notwendig ist und effektiv zur Armutsreduktion in den Partnerländern beiträgt. Dazu braucht es transparente Richtlinien und Kriterien für die Messbarkeit und Evaluierung.

### KOHÄRENTE STRATEGIE DES BUNDES

Die Regierung muss – in Abstimmung mit ihren PartnerInnen in der EU und dem globalen Süden – eine verbindliche ressortübergreifende entwicklungspolitische Strategie ausarbeiten und umsetzen. Nachhaltige globale Entwicklung muss zum Leitmotiv ihres gesamten Handelns werden. Eine kohärente Gesamtstrategie ist der Garant einer nachhaltigen globalen Entwicklung.

### MINISTERIUM FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND NACHHALTIGKEIT

Kriege, Klimawandel und Rohstoffkrisen sind globale Herausforderungen, die nicht von einzelnen Ländern gelöst werden können. Weitsichtige globale Zusammenarbeit wird immer wichtiger. In Zukunft sollte in Österreich die Zuständigkeit in einem Ministerium konzentriert werden und die Agenden für nachhaltige Entwicklung gebündelt werden.



## Impressum / Kontakt / MedieninhaberIn & HerausgeberIn

### Die Grüne Bildungswerkstatt

Rooseveltplatz 4-5/7 1090 Wien

Email: buero@gbw.at

Telefon: +43 1 52 69 111

Web: www.gbw.at

Die grundlegende Richtung informiert über das politische Geschehen in Österreich und über globale gesellschaftspolitische Entwicklungen. Die Blattlinie orientiert sich an den grünen Grundwerten ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei, solidarisch, feministisch und selbstbestimmt.

**Redaktionsleitung:** Georg Maißer, Sonia Nižnik

**AutorInnen:** Helmuth Hartmeyer, Georg Maißer, Sonia Nižnik, Andreas Novy

**Bilderauswahl:** Dominik Noll

**Layout:** Christoph Gratzler,

**Druck:** digiDruck

August 2015

### Bildercredits:

Cover und Rückseite: (c) Martin Peneder | FF-Feldkirchen, Seite 2: cc-by-sa Monisha.pushparaj <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Multiculturalism.jpg>, Seite 4: cc-by-sa Neil Palmer (CIAT), Seite 6: Public Domain by US Government, Seite 7: cc-by-nc-nd Oxfam International <https://flic.kr/p/dCL3zF>, Seite 8: cc-by Dhi <https://flic.kr/p/bsRwtU>, Seite 12: Public Domain by NASA, Seite 15: Kate Raworth, "A Safe and Just Space for Humanity", Oxfam Discussion Paper, February 2012, Seite 16: cc mydaydream89 [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flsherman\\_at\\_Inle\\_Lake.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flsherman_at_Inle_Lake.JPG), Seite 18: cc-by Gopal Vijayaraghavan [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sunset\\_at\\_Lake\\_Naivasha.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sunset_at_Lake_Naivasha.jpg), Seite 19: cc-by McKay Savage <https://flic.kr/p/8YkN74>, Seite 20: cc-by-nc-nd www.kcarlsonphoto.com, Seite 21: Pubic Domain <https://pixabay.com/de/sommerwiese-himmel-wiese-natur-801325/>, Seite 22: cc-by Jürgen from Sandesneben [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alternative\\_Energies.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alternative_Energies.jpg), Seite 23: ???, Seite 24: cc-by Ian Ransley <https://flic.kr/p/2Upbxg>, Seite 25: cc-by-sa rijans [https://de.wikipedia.org/wiki/Geb%C3%A4udeeinsturz\\_in\\_Sabhar#/media/File:Dhaka\\_Savar\\_Building\\_Collapse.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Geb%C3%A4udeeinsturz_in_Sabhar#/media/File:Dhaka_Savar_Building_Collapse.jpg), Seite 26: Public Domain <https://pixabay.com/de/natur-mutter-erde-landschaft-frau-670025/>, Seite 28: Public Domain <https://pixabay.com/de/person-wandern-rohrleitung-rohr-731319/>, Seite 30: Public Domain <https://pixabay.com/de/bäume-yala-lanka-sri-nationalen-701175/>, Seite 31: cc-by Noborder Network <https://flic.kr/p/4YEK9f>, Seite 32: Public Domain <https://pixabay.com/p-429784/>, Seite 35: cc-by-sa Thomas Raggam, Seite 36: Public Domain <https://pixabay.com/de/xiamen-slumbewohnern-824233/>, Seite 38: cc-by Star for Life <https://flic.kr/p/6r9ESY>, Seite 39: cc-by Ciao 90 <https://en.wikipedia.org/wiki/File:Poorich.jpg>, Seite 40: Public Domain <http://www.pexels.com/photo/landscape-nature-field-italy-1605/>, Seite 43: cc-by Dominik Noll



Die Texte dieses Werkes, außer dem Text von Karin Kneissl und jenem auf Seite 20, dürfen unter folgender Creative Commons Lizenz genutzt werden:  
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Österreich

Alle Rechte am Text von Karin Kneissl bleiben bei der Autorin. Für den Nachdruck der Beschreibung des Care-Projekts in Uganda (Seite 20) bedanken wir uns bei Care. Alle Rechte bleiben bei Care.

Für alle Bilder gelten die oben genannten Lizenzbedingungen.

## **Globale Solidarität Statt Festung Europa**

### **Die aktuellen Krisen erfordern neue Strategien auf dem Weg zu einer nachhaltigen und fairen Welt**

Entwicklungspolitik dreht sich längst nicht mehr nur um Krisenbekämpfung im globalen Süden. Sie betrifft ganz wesentlich unsere eigenen Probleme - vom Flüchtlingselend bis zum Klimawandel. Auch mit immer stärker gesicherten Grenzen und höheren Zäunen können wir uns nicht abschotten vor Rohstoff-Kriegen, Umweltverschmutzung und den Folgen globaler Ungerechtigkeit. Paradoxerweise sind mittlerweile auch die Erfolge der Armutsbekämpfung in Schwellenländern ein Grund zur Beunruhigung, denn der steigende Ressourcenverbrauch - noch immer ein Bruchteil des westlichen Niveaus - beginnt, unseren eigenen Lebensstil in Frage zu stellen. Entwicklungspolitik wird zur Innenpolitik. Wir müssen uns gemeinsam unserer globalen Verantwortung stellen, Profitmaximierung und Ausbeutung stoppen, Mensch und Umwelt endlich in den Mittelpunkt rücken.

**GBW.AT**